

Verfahrensbeschreibung zum Teilnahmewettbewerb Europaplatz Nord, Berlin-Mitte

I Auftraggebende und Verfahrensbeteiligte

Auftraggeberin:

Land Berlin, vertreten durch die
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Abteilung II - Städtebau und Projekte
Württembergische Straße 6
10707 Berlin

in Zusammenarbeit mit

Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
Am Kölnischen Park 3
10179 Berlin

und

Bezirksamt Mitte von Berlin
Straßen- und Grünflächenamt
Karl-Marx-Allee 31
10178 Berlin

Wettbewerbskoordination:

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen
Abteilung II - Städtebau und Projekte
Referat II D - Architektur, Stadtgestaltung und Wettbewerbe
Württembergische Straße 6, 10707 Berlin

Claudia Gil
Telefon: +49 (0)30 90173 4425
E-Mail: claudia.gil@senstadt.berlin.de

Wettbewerbsbetreuung:

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Büro Bremen

Am Tabakquartier 50 | Büroloft 27-30
28197 Bremen



Kristina Ehrhorn

Telefon: + 49 (0)421 897699 16

E-Mail: kristina.ehrhorn@dsk-gmbh.de

Projektsteuerung:

DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Büro Berlin

Gertraudenstraße 20

10178 Berlin

Christian Unger

Telefon: +49 30 3116974-26

E-Mail: christian.unger@dsk-gmbh.de

Beratung und Registrierung:

Architektenkammer Berlin

Alte Jakobstraße 149

10969 Berlin

Venetsiya Dimitrova | Referentin Wettbewerbswesen, Vergaben, Vertrags- und Honorarfragen

Telefon: +49 30 29 33 07-12

E-Mail: dimitrova@ak-berlin.de

Kommunikation

Der Zugang zu den Verfahrensunterlagen erfolgt frei zugänglich, uneingeschränkt, gebührenfrei und direkt über <https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-42620>

Ebenso wird die vollständige Rückfragenbeantwortung und alle Änderungen und Informationen über dieses Internetportal uneingeschränkt zum Download zur Verfügung gestellt. Eine Anmeldung ist für den Download nicht erforderlich.

Die Verfahrenssprache ist Deutsch. Die Kommunikation mit den Teilnehmenden erfolgt ausschließlich über den Teilnehmerbereich der Wettbewerbsplattform auf der Internetplattform von wettbewerbe-aktuell.

II Gegenstand des Auftrags

II.1 Wettbewerbsart

Der Wettbewerb wird als nichtoffener, einphasiger, freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb mit Ideenteil und vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb nach §§ 78-80 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) und gemäß § 3 Abs. 3 der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW 2013) durchgeführt.

Die Grundlagen des Wettbewerbs sind, soweit nichts Abweichendes geregelt, die RPW 2013 sowie die Richtlinie zur Durchführung von Wettbewerben gemäß IV 104 der Anweisung Bau - ABau. Die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV, Fassung vom 12. April 2016, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 07. Februar 2024 geändert worden ist, findet Anwendung.

II.2 Beschreibung des Auftragsgegenstandes

Der nördliche Europaplatz liegt an der Schnittstelle zwischen Europacity und dem Berliner Hauptbahnhof. Der bisher nur provisorisch temporär genutzte Platz soll in eine dauerhafte Nutzung und Gestaltung überführt werden. Mit der Neugestaltung des Platzes sollen über seine heutige Funktion als Teil des Verkehrsknotenpunktes für den ÖPNV hinaus insbesondere die fußläufige Verbindung zwischen dem Bahnhof und der Europacity gestärkt und Freiräume mit hoher Aufenthaltsqualität entlang der Neubebauung geschaffen werden.

Der derzeitige Zustand des ca. 1 ha umfassenden nördlichen Europaplatzes zeichnet sich durch eine unübersichtliche Ansammlung verschiedener Mobilitätsfunktionen und Baustelleneinrichtungen in provisorischer Anordnung, ohne jegliche Aufenthaltsqualität aus. Gleichzeitig zeigen die hohe und komplexe Nutzungsintensität sowie die bereits erfolgte bzw. noch bevorstehende Fertigstellung der angrenzenden Hochbauten der Europacity die Notwendigkeit einer Neugestaltung und Neuordnung des Areals auf, um einen dem Ort angemessenen Platz vor dem Berliner Hauptbahnhof zu schaffen und die bestehenden Defizite zu beheben.

Die auf dem Platz vorhandenen Funktionen und Nutzungen, die aktuell teils nur als Provisorien vorhanden sind, sollen neu geordnet und in ein ganzheitliches Gestaltungskonzept für den Platz integriert werden. Bestehende gestalterische, freiraumplanerische und funktionale Defizite des Platzes sollen behoben werden. Der Platz bildet das Scharnier zwischen dem Hauptbahnhof und der Europacity mit sehr hoher Frequenz und Präsenz für die Öffentlichkeit sowie einem hohen Anspruch an unterschiedliche Mobilitätsfunktionen. Für die nordöstlich an den Europaplatz angrenzenden Hochbauten der Europacity besteht ebenfalls die Notwendigkeit der Gestaltung eines angemessenen Vorplatzes als Vorzone und Erschließung der EG-Zonen. Die Neugestaltung soll zudem sowohl einen effektiven Beitrag zur Klimaanpassung im innerstädtischen Außenraum leisten als auch einen repräsentativen, dem Ort angemessenen Stadtplatz vor dem Hauptbahnhof mit attraktiven Aufenthaltsbereichen schaffen.

Das Wettbewerbsgebiet differenziert zwischen dem **Realisierungsbereich** (Platzbereich und Teil der angrenzenden Minna-Cauer-Straße) und dem **Ideenteil I** (an den Platz angrenzender Geh- und Radwegbereich der Invalidenstraße). Mit dem Ideenteil I soll die Schnittstelle zum ÖPNV, hier insbesondere mit dem Busverkehr an bzw. auf der Invalidenstraße, berücksichtigt und möglichst verbessert werden. Bestehende Konfliktpunkte zwischen Radverkehr, Fußgänger:innen und Wartenden sollen möglichst gelöst werden.

Als **Ideenteil II** soll eine konzeptionelle Gestaltung der Einhausung/ Fassaden der Kleinarchitekturen für den Platzbereich erstellt werden. Optional soll im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren die Beauftragung eines Gestaltleitfadens als Grundlage für weiterführende Planungen bzw. Umsetzung erfolgen.

II.3 Auftragsversprechen

Es ist beabsichtigt, soweit und sobald die dem Wettbewerb zugrundeliegende Aufgabe realisiert wird, unter Würdigung der Empfehlung des Preisgerichts den/die 1. Preisträger*in mindestens mit folgenden Leistungen zu beauftragen, sofern kein wichtiger Grund der Beauftragung entgegensteht:

- Beauftragung mindestens mit den Leistungsphasen 2-5 und optional und ggf. in Stufen mit den Leistungsphasen 1, 6 - 9 nach § 39 HOAI 2021 für den Realisierungsbereich. Die beiden Grundstücke des EPN befindet sich aktuell noch im Eigentum der Deutschen Bahn AG und der CA Immo Deutschland GmbH. Die Realisierung steht unter der aufschiebenden Bedingung gemäß § 158 BGB, dass das Land Berlin Eigentümerin der oben genannten Grundstücke wird. Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen (gem. ABau 2013, Berlin). Die Beauftragung der jeweils nächsten Leistungsstufe kann nur beim Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfolgen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung dieser Leistung besteht nicht.
- Beauftragung mindestens mit Teilleistungen der Leistungsphasen 2, 3 und 5 und optional und ggf. in Stufen mit den Leistungsphasen 1, 4, 6-9 nach § 47 HOAI 2021 für den Realisierungsbereich. Die beiden Grundstücke des EPN befindet sich aktuell noch im Eigentum der Deutschen Bahn AG und der CA Immo Deutschland GmbH. Die Realisierung steht unter der aufschiebenden Bedingung gemäß § 158 BGB, dass das Land Berlin Eigentümerin der oben genannten Grundstücke wird. Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen (gem. ABau 2013, Berlin). Die Beauftragung der jeweils nächsten Leistungsstufe kann nur beim Vorliegen der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfolgen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung dieser Leistung besteht nicht. .
- Optionale Beauftragung der Erstellung eines Gestaltungshandbuchs für den **Ideenteil II Kleinarchitekturen** als Grundlage für die weitere Planung und Umsetzung. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung dieser Leistung besteht nicht.

Im Falle einer weiteren Bearbeitung werden durch den Wettbewerb bereits erbrachte Leistungen des Wettbewerbsteilnehmenden bis zur Höhe des zuerkannten Preises nicht erneut vergütet, wenn

und soweit der Wettbewerbsentwurf in seinen wesentlichen Teilen unverändert der weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt wird (§ 8 Abs. 2 RPW 2013). Ausgenommen hiervon ist der Gestaltleitfaden (Option). Der Anteil des Ideenteils an dem zuerkannten Preis wird in der Anrechnung nicht berücksichtigt.

III Teilnahmebedingungen, Auswahl der Teilnehmenden

III.1 Teilnahmevoraussetzungen

Der Wettbewerb richtet sich an Büros der Fachdisziplin Landschaftsarchitektur.

Aufgrund der zu berücksichtigenden verkehrlichen Anforderungen im Wettbewerb wird ausdrücklich empfohlen, eine*n Verkehrsanlagenplaner*in als Fachberater*in in die Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe einzubinden. Die verkehrlichen Anforderungen werden im Rahmen der Vorprüfung auf Einhaltung geprüft.

Im anschließenden Verhandlungsverfahren gem. VgV ist durch die Preisträger*innen zwingend die Zusammenarbeit mit der Fachdisziplin Verkehrsanlagenplanung mit Erfahrung im Straßen- und Wegebau erforderlich. Für eine fachgerechte Leistungserbringung stellt die Zusammenarbeit mit einem/einer Verkehrsanlagenplaner*in eine Grundvoraussetzung dar.

Für die Bearbeitung im Wettbewerb wird ebenso die Einbindung der Objektplanung Architektur empfohlen.

Teilnahmeberechtigt sind in Anlehnung an § 4 (1) RPW 2013 Landschaftsarchitekt*innen im Sinne von Ziffer 1 bis 3:

1. Natürliche Personen, die freiberuflich tätig sind und am Tag der Bekanntmachung gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates zur Führung der Berufsbezeichnung Landschaftsarchitekt*in berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Herkunftsland der Person die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Voraussetzung als Landschaftsarchitekt*in, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG vom 07.09.2005 des Europäischen Parlaments und des Rates, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist.
2. Juristische Personen, zu deren Geschäftszweck die der Wettbewerbsaufgabe entsprechenden Fach-/Planungsleistungen gehören, sofern die Verfasser*innen der Wettbewerbsarbeit die an die natürlichen Personen gestellten Anforderungen erfüllen.
3. Bei Bewerber*innengemeinschaften muss jedes Mitglied nach Ziffer 1 oder 2 teilnahmeberechtigt sein; es ist eine bevollmächtigte Vertretung zu benennen.

Eine etwaige Zusammenarbeit mit Fachberatenden liegt im Ermessen der Teilnehmenden. Sachverständige, Fachplanende oder andere Beratende müssen nicht teilnahmeberechtigt sein. Sie unterliegen nicht den Teilnahmebedingungen und es besteht keine Auftragsverpflichtung der Ausloberin. Die Berater*innen sind in der Verfassererklärung unter Sonderfachleute anzugeben.

Teilnahmehindernisse und Ausschlussgründe

Ausdrücklich ausgeschlossen von der Teilnahme sind jene Personen, die unter die Teilnahmehindernisse laut § 4 (2) RPW 2013 fallen wie Personen, die unmittelbar an der Vorbereitung und Erstellung der Auslobung oder Durchführung des Wettbewerbs beteiligt sind oder auf die Entscheidung des Preisgerichts Einfluss nehmen können. Gleiches gilt für Personen, die sich durch Angehörige oder ihnen wirtschaftlich verbundene Personen einen entsprechenden Vorteil oder Einfluss verschaffen können.

III.2 Teilnahmeantrag

Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Online-Formular, der Eigenerklärung und den Nachweisen. Die Teilnahme am Bewerbungsverfahren erfolgt ausschließlich per Online-Formular unter:

<https://ovf.wettbewerbe-aktuell.de/de/wettbewerb-42620>

Das Online-Formular steht ab **27.02.2026** uneingeschränkt und gebührenfrei zur Verfügung. Postalische Einsendungen sind nicht möglich.

Interessierte Büros werden aufgefordert, sich für die Teilnahme am Verfahren zu bewerben. Hierfür muss, falls noch nicht vorhanden, ein Login (kostenfreier Basis-Account) über wettbewerbe aktuell erstellt werden. Nach vollständiger Anmeldung werden den Bewerber*innen bzw. der Bewerber*innengemeinschaft die individuellen Zugangsdaten an die zuvor anzugebende Emailadresse zugesandt. Mit den Zugangsdaten kann der Teilnahmeantrag ausgefüllt und elektronisch eingereicht werden.

Weitergehende Informationen, die während des Verfahrens möglicherweise versendet werden, werden an die E-Mail-Adresse gesendet, die von den Büros (beim Login) hinterlegt wurde.

Zwingende Teilnahmevoraussetzung ist, dass innerhalb der **Bewerbungsfrist** eine formell ordnungsgemäße Bewerbung eingereicht wird. Maßgeblich hierfür ist der rechtzeitige Eingang der Bewerbung auf der Plattform wettbewerbe aktuell. Für die Bewerbung ist das Online-Formular für die Teilnahme am Wettbewerb zu verwenden.

Schlusstermin für den Eingang des Teilnahmeantrags: 30.03.2026, 23:59 Uhr

Nicht fristgerecht eingereichte Teilnahmeanträge bzw. schriftlich, in Papierform eingereichte oder formlose Anträge werden nicht berücksichtigt. Mit der Teilnahme am Bewerbungsverfahren erkennen die Bewerber*innen die Verfahrensbedingungen an. Für die Teilnahme am Bewerbungsverfahren ist ein vollständig ausgefülltes und korrekt abgesendetes Online-Bewerbungsformular als Teilnahmeantrag mit den im Folgenden aufgeführten Rahmenbedingungen und Angaben notwendig.

Die Nachforderung von Unterlagen wird ausgeschlossen.

Hinweise zum Teilnahmeantrag

Mehrfachbewerbungen sind nicht zulässig. Eine Mehrfachbewerbung ist auch eine Bewerbung unterschiedlicher Niederlassungen eines Büros. Abweichungen von den formalen Anforderungen und Mehrfachbewerbungen führen zum Ausschluss vom Auswahlverfahren.

Die Bewerber*innen bzw. Bewerber*innengemeinschaften haben selbst zu überprüfen, dass ihre Bewerbung korrekt abgespeichert wurde. Dafür gibt es die Kontrollanzeige „Bewerbung vorhanden“, die eingeblendet wird, sobald die Bewerbung abgeschlossen ist.

Die Bewerber*innen bzw. Bewerber*innengemeinschaften haben außerdem zu überprüfen, dass die Inhalte ihrer Bewerbung vollständig und korrekt angezeigt werden. Dafür haben sie sowohl die textlichen Inhalte auf der Kontrollseite „Bewerbung vorhanden“ als auch die Bilder zu überprüfen. Die Bewerbungsunterlagen verbleiben bei der Ausloberin. Ein Anspruch auf Kostenerstattung besteht nicht.

Nachforderungen und Aufklärungen werden ausgeschlossen.

Das Online-Bewerbungsformular muss folgende Daten enthalten:

a). Nennung der allg. Informationen

Büroname; Ansprechpartner*in; Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Land); E-Mail; Telefon; Gründungsjahr; Geschäftsform; Name der Büroinhaber*innen; Kammernummer; Eintragungsort / bzw. Name der Kammer; Datum der Kammereintragung.

Bei Bewerber*innengemeinschaften ist die Nennung aller Mitglieder sowie der Federführung der Bewerber*innengemeinschaft erforderlich.

b). Nennung der beruflichen Qualifikation

Bei der Bewerbung am Verfahren wird der Nachweis der beruflichen Qualifikation jedes Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft durch aktuellen Nachweis der Berufszulassungen gefordert.

- Nachweis der Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung **Landschaftsarchitekt*in** durch Kopie der letzten Beitragsrechnung oder eine Kopie einer Bescheinigung der Architektenkammer, die nicht älter als zwei Jahre ist (Stichtag ist der 27.02.2024). Nicht deutschsprachige Nachweise müssen in Form einer beglaubigten Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden.

c). Weitere Erklärungen

Regelung nach § 6 VgV Vermeidung von Interessenskonflikten: Erklärungen des /der Bewerbenden nach § 6 VgV Vermeidung von Interessenskonflikten, dass keine Interessenskonflikte in Bezug auf die Teilnahme am Verfahren vorliegen.

Regelung nach § 123 GWB zwingende und § 124 (1) GWB fakultative Ausschlussgründe: Erklärungen des /der Bewerbenden, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 GWB und keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 (1) GWB vorliegen.

Regelung nach § 10 VgV Erklärung zu Unterauftragnehmern: Erklärungen des /der Bewerbenden, dass beabsichtigt wird, sich Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen und, dass der / die Unterauftragnehmer*in gem. § 47 (1-3) VgV die für die Teilnahme am Wettbewerb notwendige Eignung aufweist. Die Anforderungen entsprechen denen der Bewerber*innen.

Regelung nach § 45 (1) Ziffer 3 VgV Berufshaftpflichtversicherung: Erklärung jedes Bewerbers/Mitglieds der Bewerbergemeinschaft, dass nach § 45 (1) Ziffer 3 VgV Eignungskriterien eine Berufshaftpflicht in Höhe von mind. 1,5 Mio. € für Personen- und 1,0 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden besteht.

Bei nicht ausreichenden Deckungssummen erklärt die Bewerber*in, dass eine Berufshaftpflicht in Höhe von mind. 1,5 Mio. € für Personen- und 1,0 Mio. € für Sach- und Vermögensschäden im Falle der Beauftragung abgeschlossen wird.

Bestätigung der Kenntnis über die Einhaltung restriktiver Maßnahmen ggü. Russland: Erklärung des / der Bewerbenden, dass ihm/ihnen die Vorgaben zur Einhaltung restriktiver Maßnahmen ggü. Russland bekannt ist/sind.

Richtigkeit der Angaben: Erklärung des / der Bewerbenden, dass alle gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen.

Aufforderung zur Teilnahme: Erklärung des / der Bewerbenden, dass er im Falle der Wettbewerbsaufforderung am Verfahren teilnehmen wird.

Ausschluss von Doppelbewerbungen: Erklärung des / der Bewerbenden, dass sich kein weiteres Mitglied des Büros oder der Bewerbungsgemeinschaft bewirbt.

d). Vorlage von Referenzen

- Nachweis von zwei vergleichbaren Referenzprojekten von zwei unterschiedlichen Bauvorhaben zur Objektplanung Freianlagen (ggf. anteilig mit Verkehrsanlagen) nicht älter als 10 Jahre davon eine Projektplanung (Referenz A) und eine realisierte Projektplanung (Referenz B) mit folgenden Angaben: Auftraggeber*in (Name, E-Mail, Telefon), Büroname, Bezeich-

nung des Vorhaben, Ort (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Land), Größe, Honorarzone, bearbeitete Leistungsphasen, Datum der Fertigstellung (Abschluss letzte bearbeitete Leistungsphase), Nettoherstellungssumme, Projektbeschreibung (max. 1.000 Zeichen) und mit Darstellung des Planumgriffs und mindestens einer Abbildung zum Projekt im Format DIN A3 Querformat, welche die folgenden Mindestkriterien erfüllen:

a) Mindestkriterien an Referenz A:

- **Projektplanung** mit mind. Leistungsphasen 2, 3 und 5 nach § 39 HOAI (ggf. anteilig § 47 HOAI)
- mind. Honorarzone III
- mind. Bauvolumen von 1,5 Mio. € netto (KG 500)
- Leistungserbringung in den letzten 10 Jahren (letzte erbrachte Leistungsphase abgeschlossen nach dem 27.02.2016; Hinweis: als nachgewiesen gilt eine Referenz, wenn die Leistungsphase 5 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Wettbewerbsverfahrens abgeschlossen ist.)

b) Mindestkriterien an Referenz B:

- **Realisierte Projektplanung** mit mind. Leistungsphasen 2, 3 und 5 bis 8 nach § 39 HOAI (ggf. anteilig § 47 HOAI)
- mind. Honorarzone III
- mind. Bauvolumen von 1,5 Mio. € netto (KG 500)
- Leistungserbringung in den letzten 10 Jahren (letzte erbrachte Leistungsphase abgeschlossen nach dem 27.02.2016; Hinweis: als nachgewiesen gilt eine Referenz, wenn die Leistungsphase 8 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Wettbewerbsverfahrens abgeschlossen ist.)

Allgemeine Hinweise zu den Referenzen

Zwei Referenzen werden zur Auswahl der teilnehmenden Büros herangezogen. Im Rahmen des Auswahlverfahrens werden die im Online-Formular eingetragenen Referenzen bewertet (siehe III.3. Auswahlkriterien).

Zum Nachweis des Vorliegens der vorgenannten Referenz werden sowohl eigene Referenzen des teilnehmenden Büros akzeptiert als auch Referenzen, die der/die Verfassende als Verantwortliche*r in Projektleitungsposition für ein anderes Büro erbracht hat. Im letzteren Fall sind zusätzlich zu den geforderten Referenzangaben auch die Kontaktdaten des anderen Büros anzugeben (Name des Büros, Name des/der Ansprechpartner*in, E-Mail-Adresse und Telefonnummer). Die Auslobende behält sich vor, die eingereichten Referenzen zu verifizieren.

III.3 Auswahlverfahren

Die Gesamtanzahl der Teilnehmenden ist auf maximal 12 beschränkt.

Die teilnehmenden Büros werden durch ein vorgeschaltetes Bewerbungs- bzw. Auswahlverfahren ermittelt. Im Bewerbungsverfahren sind Mindestanforderungen zur Teilnahme durch die Bewerber*innen zu erfüllen (III.2). Einzureichen sind zwei Referenzen, die als Eignungs- und Auswahlkriterien bewertet werden.

Die Auswahl von 12 Teilnehmer*innen und 5 Nachrücker*innen erfolgt unter allen Bewerber*innen, die die Mindestanforderungen erfüllen, durch die rechnerische Auswertung der eingereichten Referenzen. Die Referenzen werden gemäß den angegebenen objektiven Auswahlkriterien bewertet und gewichtet.

Die Auslobende behält sich vor, bei gleicher Punktzahl zwischen den jeweiligen Bewerber*innen die Teilnehmenden durch Los zu bestimmen. Nach Aufforderung zur Teilnahme dürfen Bewerber*innengemeinschaften nachträglich nicht verändert oder neu gebildet werden.

Auswahlkriterien Planungskompetenz Freianlagen (ggf. anteilig Verkehrsanlagen):

Zwei Referenzen der letzten 10 abgeschlossenen Kalenderjahre zum Zeitpunkt der Absendung der Bekanntmachung zu abgeschlossenen Projekten / Planungsverfahren, die hinsichtlich des Umfangs sowie der Komplexität mit der Aufgabenstellung vergleichbar sind (s. Mindestanforderungen III.2 Abschnitt d).

Bewertungskriterien für die Referenzen A + B	Punkte
prämiertes Ergebnis eines Realisierungswettbewerbs nach RPW und anschließend mit der weiteren Bearbeitung beauftragt	3 Punkte
Größe des Plangebiets: > 3.000 m ²	1 Punkt
Innerstädtische/urbane Lage	1 Punkt
Anteilige Planung einer öffentlichen Straßenverkehrsfläche (ausgenommen reine Parkplätze)	1 Punkt
Anteilige Planung Buswendeanlage oder vergleichbar	1 Punkt
Honorarzone IV oder höher	1 Punkt
Bauvolumen (Nettoherstellungssumme KG 500): > 2,5 Mio. €	1 Punkt
1-fache Wichtung = Referenz A und Referenz B je max.:	9 Punkte
Gesamtwertung: Punkte max. je Bewerbung aus A und B:	18 Punkte

IV Wettbewerbsverfahren

IV.1 Art des Verfahrens

Der Wettbewerb wird als nichtoffener, einphasiger, freiraumplanerischer Realisierungswettbewerb mit Ideenteil nach §§ 78-80 Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) und gemäß § 3 Abs. 3 der Richtlinie für Planungswettbewerbe (RPW 2013) für Büros der Fachdisziplin Landschaftsarchitekt*innen durchgeführt (Teilnahmeberechtigung siehe 1.4). Das gesamte Wettbewerbsverfahren ist bis zum Abschluss anonym. Im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren wird gemäß § 14 Abs. 4 Ziff. 8 VgV ein Verhandlungsverfahren durchgeführt.

Die Beurteilung der eingereichten Arbeit erfolgt durch das Preisgericht anhand folgender Beurteilungskriterien:

Konzept

- Leitidee

Gestalterische Qualität

- Raumbildung und -verknüpfung
- Vegetations- und Materialkonzept

Funktionale Qualität

- Aufenthaltsqualität
- Orientierung und Erschließung
- Barrierefreiheit und Inklusion
- Funktionalität und Einbindung der verkehrlichen Anforderungen / Bezüge
- Städtebauliche und freiräumliche Verflechtung mit dem Umfeld

Umweltqualität / klimagerechte Planung

- Regenwasserbewirtschaftung
- Ökologische und klimarelevante Qualitäten (Umgang mit Hitze, Biodiversität, Baustoffe)

Realisierbarkeit

- Einhaltung von Vorgaben
- Einhaltung des Kostenrahmens
- Wirtschaftlichkeit in Bezug auf Folgekosten für Pflege und Unterhalt

IV.2 Partizipation

Im Rahmen des Verfahrens gibt es gemäß Leitlinien für Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit. Diese erfolgt online und analog in Form von öffentlichen Veranstaltungen und gliedert sich in 2 Phasen:

1. Beteiligung vor dem Wettbewerb: Im Zuge der Vorbereitung des Wettbewerbs wurde vom 26.04.2024 bis 17.05.2024 eine digitale Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt. Abgeschlossen wurde der Beteiligungsprozess mit einer digitalen Infoveranstaltung am 23.05.2024. Während dieser Beteiligungsphase konnten alle Interessierten auf der Projektwebsite unter mein.berlin.de Ideen, Hinweise und Anregungen einbringen.

2. Beteiligung im Wettbewerb unter Wahrung der Grundsätze der RPW 2013: Am Vorabend der Preisgerichtssitzung findet ein öffentlicher Bürger*innenabend statt. Die anonymisierten Arbeiten des Wettbewerbs werden in der Veranstaltung vorgestellt und mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert.

Auf mein.berlin wird unter „Neugestaltung Europaplatz Nord“ für das gesamte Verfahren kontinuierlich über den Ablauf des Verfahrens, die einzelnen Beteiligungsschritte und Ergebnisse informiert.

Ziel der Beteiligung ist es verschiedene Perspektiven, Interessen und Ideen zu berücksichtigen und über die Rückkopplung an die Bürger*innen eine breite Akzeptanz für das Verfahren und des resultierenden Wettbewerbsergebnisses in der Öffentlichkeit zu erzielen

IV.3 Wettbewerbssumme, Aufteilung

Die Ausloberin stellt für Preise und Aufwandsentschädigungen einen Gesamtbetrag in Höhe von 120.000,00 € netto zur Verfügung. Die Wettbewerbssumme (§§ 7 und 9 RPW 2013) ist auf der Basis der §§ 39 und 40 der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) ermittelt.

Von den insgesamt 120.000,00 € werden 36.000,00 € als Aufwandsentschädigungen für die Teilnehmenden ausgegeben. Die Summe der Aufwandsentschädigungen wird unter allen Teilnehmenden, die ihre Arbeit fristgerecht und vollständig einreichen, zu gleichen Teilen aufgeteilt.

Die Aufteilung der Preissumme in Höhe von 84.000,00 € ist wie folgt vorgesehen:

1. Preis: 33.600,00 €

2. Preis: 25.200,00 €

3. Preis: 16.800,00 €

Anerkennung: 8.400,00 €

Das Preisgericht kann einstimmig eine andere Verteilung der Wettbewerbssumme beschließen, weitere Anerkennungen vergeben oder Preisgruppen bilden. Die Preise werden nach Entscheidung des Preisgerichts unter Ausschluss des Rechtsweges zugeteilt. Die Mehrwertsteuer von derzeit 19 % ist in den genannten Beträgen nicht enthalten und wird den inländischen Teilnehmenden zusätzlich ausgezahlt.

IV.4 Zusammensetzung des Preisgerichts

Im Verfahren soll ein 11-köpfiges stimmberechtigtes Preisgericht entscheiden. Folgende Personen besetzen das Preisgericht:

Stimmberechtigte Fachpreisrichter*innen

Prof. Maren Brakebusch
Landschaftsarchitektin

Martin Rein-Cano
Landschaftsarchitekt

Prof. Ute Aufmkolk
Landschaftsarchitektin

Rita Mettler
Landschaftsarchitektin

Prof. Dr. Wolfgang Haller
Verkehrsplaner

Prof. Jörg Springer
Architekt

Stimmberechtigte Sachpreisrichter*innen

Prof. Petra Kahlfeldt
Senatsbaudirektorin
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Christopher Schriner
Bezirksstadtrat
Bezirksamt Berlin-Mitte

Dr. Melanie Jachtner
Abteilungsleiterin Mobilität
Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Alexander Kaczmarek
Konzernbevollmächtigter der DB AG für die Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Martin Löcker
Managing Director CA Immo Deutschland GmbH
Group Head of Development

Stellvertretende Fachpreisrichter*innen

Sofia Petersson
Landschaftsarchitektin

Bertel Bruun
Landschaftsarchitekt

Gisela Stete
Verkehrsplanerin

Tancredi Capatti
Architekt

Stellvertretende Sachpreisrichter*innen

Christian Junge,
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Daniel Kyek
Straßen- und Grünflächenamt Berlin-Mitte

Christiane Krause
Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt

Monika Jung
Leiterin Bahnhofsmanagement Berlin Fernbahnhöfe
DB InfraGO AG

Michael Kötter
Head of Real Estate Development Berlin
CA Immo Deutschland GmbH

IV.5 Terminübersicht (voraussichtlich)

27.02.2026	Bekanntmachung
13.03.2026	Frist für Rückfragen
30.03.2026	Einsendeschluss Teilnahme-Bewerbungen
09.04.2026	Auswahl der Teilnehmenden
30.04.2026	Ausgabe der Unterlagen
02.06.2026	Rückfragenkolloquium
23.07.2026	Abgabe der Wettbewerbsarbeiten (Submission)
07.09.2026	Bürgerabend
08.09.2026	Preisgerichtssitzung
Oktober 2026	Ausstellung

Die aufgeführten Termine sind vorläufig und vorbehaltlich etwaiger Anpassungen.

V Weitere Angaben

V.1 Weiteres Verfahren und Beauftragung

Nach Abschluss des Planungswettbewerbs wird zur Beauftragung der beabsichtigten Leistungen (siehe II.2 Auftragsversprechen) ein Vergabeverfahren nach § 17 VgV durchgeführt.

Im Verhandlungsverfahren ist eine Arbeitsgemeinschaft mit einer/einem Verkehrsanlagenplaner*in zu bilden bzw. ein*e Nachunternehmer*in für verkehrsanlagenplanerische Leistungen zu benennen. Leistungen gem. Leistungsbild § 47 HOAI sind durch eine / einen Verkehrsanlagenplaner*in zu erbringen.

Die Auftraggeberin, behält sich die Möglichkeit vor, den Auftrag auf Grundlage des Erstangebotes zu vergeben, ohne in Verhandlungen einzutreten (vgl. § 17 Abs. 11 VgV). Die Auftraggeberin verhandelt zunächst nur mit der ersten Preisträger*in über die Auftragsvergabe. Sollten die Verhandlungen mit der ersten Preisträger*in scheitern, etwa wenn trotz mehrerer Verhandlungsrunden das Honorarangebote nicht akzeptabel ist, die Kosten nicht im Kostenrahmen liegen, zentrale vertragliche Regelungen der Auftraggeberin nicht akzeptiert werden etc., werden alle Preisträger*innen zu Verhandlungen aufgefordert.

Zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren ist die Anmeldung auf der Vergabeplattform des Landes Berlin <https://www.berlin.de/vergabeplattform/registrierung> erforderlich.

V.2 Zuschlagskriterien

Eine Wertung anhand der Zuschlagskriterien wird nur relevant, wenn die Verhandlungen mit dem/der ersten Preisträger*in scheitern und daher Verhandlungen mit allen Preisträger*innen geführt werden.

a. Wettbewerbsergebnis: Maximal erreichbare Punktzahl: 35 Punkte

1. Preis: 35 Punkte
2. Preis: 23 Punkte
3. Preis: 11 Punkte

b. Wirtschaftlichkeit Honorarangebot: Maximal erreichbare Punktzahl: 25 Punkte

c. Qualifikation und Erfahrung des Projektteams (Freianlagenplanung und Verkehrsanlagenplanung): Maximal erreichbare Punktzahl: 25 Punkte

d. Projektorganisation: Maximal erreichbare Punktzahl: 5 Punkte

e. Methodik: Maximal erreichbare Punktzahl: 10 Punkte

Gesamt a - e: maximal 100 Punkte

V.3 Zuschlagsmatrix

Zuschlagskriterien	Punkte
1. Wettbewerbsergebnis	Max. 35 Punkte
1. Preis	35
2. Preis	23
3. Preis	11
2. Wirtschaftlichkeit Honorarangebot	Max. 25 Punkte
Angebotspreis	
3. Qualifikation und Erfahrung des Projektteams	Max. 25 Punkte
Referenz Verkehrsanlagenplaner	Max. 7 P.
<i>Kriterien:</i> <i>Dezentrale Regenentwässerung: 2 Punkte</i> <i>Mind. Honorarzone IV: 1 Punkt</i> <i>Bauen auf unterbauten Flächen (Tunnelanlagen): 2 Punkte</i> <i>Buswendeanlage oder vergleichbar: 2 Punkte</i> <i>Die Kriterien können durch mehrere Referenzen nachgewiesen werden.</i>	
Referenzen gem. Auswahlkriterien aus der Bekanntmachung (Freianlagenplaner)	Max. 18 P.

4. Projektorganisation	Max. 5 Punkte
Personaleinsatz & projektspezifische Kapazitäten (durchgehende personelle Besetzung über alle LP hinweg), Koordination mit dem AG und relevanten Projektbeteiligten	
5. Methodik	Max. 10 Punkte
Herangehensweise an die Bauaufgabe und Lösungsansätze	Max. 5 P.
Darstellung der erkennbaren Schnittstellen aller Beteiligten (Fachplaner, Anlieger, Nutzer, TöB)	Max. 5 Punkte
Gesamtsumme	Max. 100

VI Fristen

Frist für Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb: 13.03.2026, 23:59 Uhr Die Stellung von Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb, die vollständige Rückfragenbeantwortung und alle Änderungen und Informationen wie die Benachrichtigung der Bewerber*innen bzw. Bewerber*innengemeinschaften erfolgt ausschließlich über den Teilnehmerbereich der Wettbewerbsplattform auf der Internetplattform von wettbewerb-aktuell.

VII Rechte

Der geschätzte Auftragswert erreicht den maßgeblichen EU-Schwellenwert. Die Vorschriften der Vergabekoordinierungsrichtlinie (2014/24/EU) bzw. des Vergaberechts nach GWB/VgV finden daher auf diesen Wettbewerb und auf das anschließende Vergabeverfahren Anwendung.

Öffentliche Aufträge, die gemäß den Vergabevorschriften der EU vergeben werden müssen, unterliegen einem Rechtsschutzverfahren. Für die öffentlichen Auftraggeber des Landes Berlin wird dieses Verfahren vor der Vergabekammer des Landes Berlin geführt.

Vergabekammer des Landes Berlin
Martin-Luther-Str. 105, 10825 Berlin
Tel. +49(030) 9013 8316
Fax +49(030) 9013 7613
vergabekammer@senweb.berlin.de